

"trend": Massive Kritik an Berlakovich wegen Kriterienkatalog Wasserkraft

28.8.2011

NGOs sind empört über das neue Regelwerk des Umweltministers zum Ausbau der Wasserkraft.

Nach mehrjähriger Nachdenkpause hat Umweltminister Niki Berlakovich nun die Bedingungen für den weiteren Ausbau der Wasserkraft präzisiert. Während die E-Wirtschaft zufrieden ist, sind die Naturschützer empört, berichtet das Wirtschaftsmagazin "trend" in seiner kommenden Ausgabe. WWF-Sprecher Christoph Waldner spricht von einem "Feigenblatt des Umweltministers. Es sieht nach Verschärfung aus, verhindert aber in Wirklichkeit den drohenden Wildwuchs an Wasserkraftwerken nicht." Vor allem bemängeln die Naturschützer das Fehlen von Bauverbotszonen an ökologisch sensiblen Flussstrecken, so genannter "No-Go-Areas", wie sie auch die EU verlangt. Dies wäre aber beim Start der Verhandlungen vereinbart worden, zitiert der "trend" den Präsidenten des Umweldachverbandes, Gerhard Heilingbrunner. Die politische Neuregelung erfolgt im Rahmen der Umsetzung der so genannten Wasserrahmenrichtlinie der EU, laut der erstmals auch ein "höheres öffentliches Interesse" geltend gemacht werden kann. Nur: worin dieses besteht, und wie es gemessen werden könnte, ist auch weiterhin unklar. Verbindliche Errichtungskriterien finden sich im neuen Kriterienkatalog nicht, der Naturschutz kommt erst gar nicht vor. Auch sollen die neuen Vorschriften nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen bzw. sind nur als Leitfaden für regionale Behörden geplant, ohne den gesetzlich bindenden Charakter etwa einer Verordnung. Die Pläne der Energieversorger, das verbleibende Potenzial an nutzbarer Wasserkraft auszubauen, nehmen daher immer konkretere Formen an, analysiert der "trend". In ihren Studien geht die Energiewirtschaft in Österreich von einem ausbaubaren Potenzial von rund 11,5 Terawattstunden aus; etwa sieben davon möchten die Stromversorger auch tatsächlich aufstauen. Das dazu nötige Investitionsvolumen beträgt bis zum Jahr 2050 rund vier bis fünf Milliarden Euro. Die E-Wirtschaft indes zeigt sich dementsprechend zufrieden mit dem Umweltminister. Ernst Brandstetter, Sprecher des Dachverbandes Österreichs Energie: "Es hätte schlimmer kommen können". Schon das umstrittene neue Mur-Wasserkraftwerk Graz/Puntigam soll durch die neuen Regeln profitieren, hofft man etwa beim Projektbetreiber Energie Steiermark: "Die Umweltverträglichkeitsprüfung sollte nun deutlich schneller abgewickelt werden können", sagt Vorstand Oswin Kois. Berlakovich selbst wollte zu dem Kriterienkatalog keine Stellungnahme abgeben. Er soll Ende September endgültig beschlossen werden.